

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Der Preis beträgt 10 Pf. pro Woche. Einzelnummern sind zu je 2 Pf. zu haben. Abonnementpreise sind nach dem Postamt zu erfragen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meissen.

Nr. 278. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff, Dresden Postfach Dresden 2640 Montag, den 29. November 1926

Kommunale Schwarzgeschäfte.

Von volkswirtschaftlicher Seite wird uns geschrieben: Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist auf die Finanzwirtschaft vieler Gemeinden sehr schlecht zu sprechen, wenigstens soweit es ihre Wünsche hinsichtlich der Aufnahme ausländischer Anleihen angeht. Schon kurz nach seiner Amerikareise tadelt er sehr deutlich das allzu häufig auftretende Bestreben mancher Kommunen, mit Hilfe ausländischer Geldes nicht bloß aus augenblicklichen finanziellen Bedrängnissen herauszukommen, sondern auch mit Hilfe solcher Anleihen laufende Bedürfnisse zu bestreiten oder für „Verschönerungs-“ und ähnliche Zwecke, die man wirklich nicht als „werbende“ bezeichnen kann, derartige Summen zu verbrauchen. Bekanntlich besteht nun eine Beratungsstelle beim Reichsfinanzministerium, der die Kommunen ihre Wünsche nach ausländischen Anleihen mitzuteilen haben und die ebenfalls über die Notwendigkeit wie über die Zweckmäßigkeit der Anlage ein Urteil abzugeben hat. Dieses Urteil ist dann für das Reichsfinanzministerium im allgemeinen maßgebend; ohne Genehmigung dieses Ministeriums darf aber seit dem März 1925 keine Kommune eine ausländische Anleihe aufnehmen.

Nun tagt ja zurzeit ein großer „Enqueteauschuss“ von Wirtschaftlern, Parlamentariern und höheren Reichsbeamten, der die Aufgabe hat, unser gesamtes wirtschaftliches Leben einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen. Er hat mehrere Unterausschüsse eingesetzt, und vor dem für das Geld-, Kredit- und Finanzwesen hat sich nun Dr. Schacht wieder einmal bitter über die Anleihewirtschaft namentlich der Kommunen beschwert. Im ganzen hatten diese bisher die Aufnahme von rund 1800 Millionen an ausländischen Anleihen beantragt; genehmigt wurden ihnen aber nur rund 1200 Millionen. Es muß natürlich eine Grenze nach oben geben; aber leider ist festzustellen, daß die Grenze dabei außerordentlich bevorzugt werden, die Grenzen mit ihren Forderungen fast ausfüllen, so daß für die mittleren oder gar die kleinen Städte fast nichts mehr übrigbleibt. Ob es überhaupt gerade sehr wünschenswert ist, daß die im Ausland ausgenommenen öffentlichen Anleihen bereits ein Drittel der Gesamtsumme unserer Auslandsanleihen ausmachen, ist doch wohl recht zweifelhaft, besonders da die Bedingungen nicht immer sehr leichte sind.

Dr. Schacht erklärte, die Tätigkeit der Beratungsstelle sei zwar sehr zu begrüßen, aber sie genüge nicht. Das hat folgenden Grund: Gewisse Kommunen, deren Anleihewünsche nicht genehmigt wurden, suchen „hintenherum“ zu ausländischem Geld zu kommen. Man macht das einfach so, daß das Elektrizitätswerk oder die Gasanstalt der Stadt z. B. in eine Aktiengesellschaft oder in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt wird, also zu einem angeblichen „Privat“unternehmen, dessen Aktien bzw. Anteilemehrsheit allerdings im Besitze der Stadt ist. Und dieses „Privat“unternehmen nimmt nun fiktiv im Ausland Geld auf, wozu es der Zustimmung jener Beratungsstelle und des Reichsfinanzministeriums nicht bedarf. Man kann das wirklich nicht anders als eine Schiebung bezeichnen. Oder: Die Kommunen verkaufen Schatzanweisungen ins Ausland oder stellen Wechsel aus, um sich hierfür im Ausland kurzfristiges Geld zu verschaffen — alles ohne die Beratungsstelle zu benachrichtigen, obwohl auch die Aufnahme dieser kurzfristigen Gelder der Begutachtung dieser amtlichen Stelle und der öffentlichen Genehmigung unterliegt. Es kommt aber sogar vor, daß große Teile von Kommunalanleihen, die ausdrücklich nur zur Auflegung im Inland bestimmt sind, durch das ausgehende Bankhaus nun ganz einfach — bisweilen, ohne die betreffende Kommune davon zu unterrichten oder gar gegen ihren Willen — an ausländische Banken zur Zeichnung im Ausland abgegeben werden. Es gibt ja eine ganze Menge Schleiswege, bloß riskieren dann die Zeichner, daß das Reich Schritte dagegen unternimmt und Anleihen, die ohne Genehmigung ausländisches Geld hereinholen, für rechtswirksam erklärt.

Daß diese Dinge volkswirtschaftlich und währungsrechtlich zweifellos schädlich sind, bedarf nicht besonderer Erläuterung, und es ist daher überaus verständlich, daß Dr. Schacht sich darüber bitter beklagt. Ob das freilich etwas nützen wird, ist eine zweite Frage.

Neuer Kampf um das Gemeindebestimmungsrecht.

Neue Anträge zum Schankstättengesetz. Der Entwurf eines Schankstättengesetzes ist nach einer Beratung im Reichswirtschaftsrat soeben dem Reichstag zugegangen. Die Reichsregierung hat an dem Entwurf nur einige Änderungen vorgenommen, die den Beschlüssen des Reichswirtschaftsrats entsprechen. Man hofft, daß der Reichstag das Gesetz noch in diesem Jahre verabschiedet, so daß es etwa Mitte Januar dem Reichstag zur Beschlussfassung vorliegen kann. Wie verlautet, bereitet die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu dem Schankstättengesetz einen neuen Antrag vor, der wiederum das Gemeindebestimmungs-

Eine Biermächtekonferenz?

Beratungen über die Verständigungspolitik. Eine neue Konferenz nach Genf.

Im Pariser „Matin“ schreibt der politische Mitarbeiter des Blattes, Sauerwein, daß der bevorstehenden Völkerversammlung eine Konferenz der vier Großmächte Deutschland, Frankreich, England und Italien folgen werde. Bei dieser Gelegenheit sucht Sauerwein nachzuweisen, welches Entgegenkommen Deutschland seitens Frankreichs schon bisher gefunden habe. Er erinnert daran, daß Stresemann in Locarno den Alliierten eine Liste mit einer Reihe deutscher Forderungen vorgelegt habe, die mit Ausnahme der Aufhebung der Militärkontrolle von den Alliierten erfüllt worden seien. In der Militärkontrollfrage suche man jetzt die letzten strittigen Punkte zu regeln. In Genf würden die Minister der an dieser Kontrolle beteiligten Länder die Form studieren, die der Überwachung durch den Völkerbund gegeben werden solle. Seit Thoiry bestehe Deutschland auf der Abtötung der militärischen Besatzungstruppen in der Zone von Koblenz und Mainz. Deutschland sei bis jetzt aber noch nicht in der Lage gewesen, konkrete Gegenangebote zu machen. Man erwarte diese Angebote Deutschlands, um zu entscheiden, ob sie das französische Parlament und die öffentliche Meinung Frankreichs zu einem Verzicht auf einen Teil der Rechte Frankreichs bestimmen könnten. Deutschland starre hypnotisiert nur auf diese Frage der Rheinlandbesetzung und vergesse, daß es sich um eine Annäherungspolitik handele, deren Früchte langsam reifen müßten. Diese Politik habe schon wertvolle Ergebnisse und die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder gebracht, die fast jede Woche durch neue nutzbringende Abereinommenen befestigt werde. In Genf und besonders in einer späteren Konferenz, zu der auch Mussolini kommen werde, werde Stresemann an den Entscheidungen über die europäische Politik teilnehmen als der Vertreter einer Nation, die in dem von Briand erstrebten Vier-Mächte-Bund eine gleichberechtigte Rolle spielen werde. Mit der Teilnahme des italienischen Ministerpräsidenten könnten die kommenden Konferenzberatungen gewisse Gefahren beschwören, die in den letzten Monaten am Horizont Europas aufgetaucht seien, aber nur unter der Bedingung, daß die verantwortlichen Minister den Mut hätten, dem Druck der Nationalisten in ihren Ländern zu widerstehen.

Eine Richtigstellung Dr. Stresemanns.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages nahm Dr. Stresemann das Wort, um zu einer Meldung der französischen Presse Stellung zu nehmen, die berichtet habe, daß der Außenminister Briand dem deutschen Vorkämpfer nicht habe verheimlichen können, daß er keine der Thesen der Reichstagsrede des deutschen Außenministers annehmen könne. Dr. Stresemann teilte zu dieser Meldung mit, daß sie nach seinen Informationen erfunden sei. Eine derartige Äußerung des französischen Außenministers gegenüber dem deutschen Vorkämpfer sei nicht erfolgt.

reicht in den Entwurf einzutragen will. Das gleiche Ziel verfolgt ein Gegenschritt, den die Vereine der Wirtschaftler gemeinsam aufgestellt haben. Man wird daher mit neuen langwierigen Debatten im Reichstag über das Schankstättengesetz und das Gemeindebestimmungsrecht rechnen müssen. Die Mehrheit des Reichstags hat ebenso wie die Reichsregierung bisher das Gemeindebestimmungsrecht abgelehnt. An diesem Standpunkt hat sich, wie aus parlamentarischen Kreisen bekannt wird, auch jetzt nichts geändert.

Richtlinien der Agrarpolitik.

Eine Rede des Reichsministers Dr. Haslinder. Im Rahmen eines vom Landwirtschaftlichen Hauptverband für Württemberg und Hohenzollern einberufenen Bauerntages sprach Reichsminister Dr. Haslinder in Ulm über die Richtlinien der Agrarpolitik. Ein gesunder und dauernder Wiederaufbau unserer Wirtschaft sei nur möglich durch die restlose Erschließung und Heranziehung aller inneren Kraftquellen. Eine der stärksten Lebensadern des deutschen Volkes aber ruhe in unserer Landwirtschaft. Was unsere Landwirtschaft auf dem Gebiete der Handelspolitik mit Recht fordern könne, sei die Wahrung ihrer für die Volkswirtschaft so bedeutsamen Belange in verständigem und gerechtem Ausgleich mit den anderen wirtschaftlichen Interessen und ein für die Sicherung ihrer Existenz und einer gesunden Fortentwicklung ausreichender Schutz. Wenn

England und die Genfer Verhandlungen

London, 29. November. Der Observer hält es im Rahmen einer ausführlichen Betrachtung über die Genfer Völkerversammlung für wahrscheinlich, daß auch Chamberlain sich mit Stresemann vor der Tagung treffen werde. Die Räumung des Rheinlandes sei ein Problem, an dem ganz Europa teilnehmen werde. Glücklicherweise seien Stresemann und Briand zwei Leute, die einander verstanden. Es ständen auf jeden Fall schwierige Verhandlungen bevor, die Zeit in Anspruch nehmen würden. Aber die Locarnoverträge und die Politik der Verständigung würden auch diese Verhandlungen überleben. Augenblicklich habe Frankreich einen Preis für die Fortsetzung dieser Politik genannt. Es sei schwierig, daran zu zweifeln, daß das Ende des Tauchgeschäfts ein anderes sein werde als die Errichtung einer vernünftigen Kontrolle des Völkerbundes und die Räumung des Rheinlandes sowie die Rückgabe des Saargebietes. Chamberlain werde sicher jede Gelegenheit wahrnehmen, die sich biete, um diese Verhandlungen auf das Niveau von Thoiry zurückzubringen und eine Lösung der Abrüstungsfrage in Übereinstimmung mit den Verträgen und der Verantwortlichkeit des Völkerbundes zu sichern.

Getreidezölle und Futtermittelgesetz.

Besprechungen im Reichsernährungsministerium. Reichsernährungsminister Haslinder hatte über die Frage der Getreidezölle und des Futtermittelgesetzes Besprechungen mit den Parteiführern. Bei den Getreidezöllen handelt es sich um die demokratische Anregung, die Geltungsdauer der jetzt geltenden Getreidezölle über den 1. Januar 1927 hinaus auszuweiten. Wegen des Futtermittelgesetzes bestehen selbst unter den Regierungsparteien noch einige Bedenken, soweit darin eine Beschränkung des Handels und der Einfuhrmöglichkeiten erblickt wird.

Zur Frage der Getreidezölle wird bekannt, daß das Reichsernährungsministerium eine Vorlage fertiggestellt hat, die die unveränderte Beibehaltung der geltenden bis zum 31. Dezember ablaufenden Zwischenzölle bis zum 31. Juli nächsten Jahres vorseht. Wie aus deutschnationalen Kreisen verlautet, ist die deutschnationale Fraktion trotz grundsätzlicher Aufrechterhaltung ihrer Überzeugung von der Notwendigkeit der autonomen Zölle unter gewissen Umständen bereit, die Vorlage des Reichsernährungsministeriums zu unterstützen.

Im landwirtschaftlichen Enqueteauschuss wurde bekanntgegeben, daß zur Feststellung der Intensitätsverhältnisse auf Betriebsformen inzwischen drei Probeerhebungen in den Kreisen Gabeln, Stadeln und Wolfratshausen mit persönlicher Befragung unternommen worden sind. Das Ergebnis wird in der nächsten Sitzung dem Plenum vorliegen. Dr. Haade (Forstungsstelle für Wirtschaftspolitik) betonte, daß das Ziel der Agrarenquête sein müsse, daraus die verschiedenen landwirtschaftlichen Techniken der landwirtschaftlichen Betriebe festzustellen und die noch ungenutzten Produktionsmöglichkeiten der deutschen Landwirtschaft zu zeigen. Damit bereite man die Hebung der bäuerlichen Kaufkraft vor.

Die augenblickliche Lage der Landwirtschaft

aus den bekannten Gründen auch immerhin noch recht gespannt und ernst sei, so könne man doch dank der von der Landwirtschaft mit großer Energie in die Wege geleiteten Selbsthilfe in Verbindung mit den Unterstützungaktionen von Reich und Ländern gegenüber dem größten Tiefstand nach der Ernte des Jahres 1925 in mehr als einer Hinsicht von einer beginnenden Besserung sprechen. Leider habe die diesjährige Ernte die in sie gesetzten Erwartungen enttäuscht. Sie dürfe nach der bisherigen Schätzung bei Weizen um etwa 20 %, bei Kartoffeln sogar um 25 % hinter der Ernte des Vorjahres zurückbleiben. Dieser wenig günstige Ernteausschlag habe zusammen mit anderen Ursachen die Preise für landwirtschaftliche Produkte, vornehmlich für Roggen und Weizen, bisher auf einer Höhe gehalten, daß die Landwirtschaft sich im allgemeinen nicht beklagen könne. Es läge indessen keineswegs im wohlverstandenen Interesse der Landwirtschaft selbst, wenn sich diese durch die Preisentwicklung der letzten Zeit zu einer verheerenden Spekulation verleiten lassen und etwa Getreide künstlich zurückhalten würde. Im Vordergrund des Interesses ständen vor allem die Erzeugnisse der Landwirtschaft, die Erzeugnisse des Obst- und Gemüsebaues, der Viehzucht und Milchwirtschaft, die in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht einer Steigerung und Verbesserung fähig wären und bis auf den heutigen Tag unsere Handelsbilanz in empfindlicher Weise belasteten. Der Minister schloß mit der Aufforderung an die Landwirtschaft, mit neuem Mut an die Arbeit zu gehen und treu zusammenzuhalten.

